

Veröffentlichung: ja

Besprechung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 04./05.05.2010

9. Entgeltmeldungen ohne Datenbaustein Unfallversicherung (DBUV);
hier: Zusammengefasste Meldungen für unständig Beschäftigte durch die Einzugsstellen

Mit dem Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Unfallversicherung (Unfallmodernisierungsgesetz - UVMG) vom 30.10.2008 wurde festgelegt, dass Entgeltmeldungen ab dem Jahr 2009 um die unfallversicherungsspezifischen Angaben erweitert werden (§ 28a Absatz 3 Satz 2 Nr. 2 Buchstabe c, f – h Viertes Buch Sozialgesetzbuch). Dies bedeutet, dass grundsätzlich jeder Entgeltmeldung ein DBUV angefügt ist. Künftig bildet der DBUV die alleinige Grundlage für die Berechnung der Umlage für die Unfallversicherungsträger. Er ersetzt damit den bisherigen Lohnnachweis als Beitragsgrundlage.

Unter bestimmten Voraussetzungen werden mehrere bei den Einzugsstellen eingegangene Entgeltmeldungen für einen Arbeitnehmer mit dem Personengruppenschlüssel (PGR) 118 nicht direkt an die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung (DSRV) weitergeleitet, sondern zu einer „Sammelmeldung“ gebündelt und mit dem PGR 205 an die DSRV gesandt. Dieses Vorgehen reduziert insbesondere bei den Rentenversicherungsträgern die Anzahl der zu speichernden Meldezeiten. Zudem können die Krankenkassen im Einzelfall beim Überschreiten der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung aufgrund mehrerer Versicherungsverhältnisse die Maßgaben des § 22 Absatz 2 Viertes Buch Sozialgesetzbuch vor Abgabe der Meldung an die DSRV berücksichtigen.

Die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung hatten sich darauf verständigt, dass Meldungen der Krankenkassen mit dem PGR 205 keine Daten zur Unfallversicherung enthalten, da eine Zusammenfassung mehrerer Entgeltmeldungen mit einem DBUV durch die Krankenkassen weder fachlich noch technisch möglich ist.

Die Praxis zeigt jedoch, dass durch dieses seit Jahren praktizierte Verfahren Entgelte im Bereich der Unfallversicherung fehlen.

Nach Abwägung mehrerer möglicher Lösungsansätze sprechen sich die Teilnehmer für eine Aufgabe der Zusammenfassung der Meldungen unständig Beschäftigter mit PGR 118 durch die Krankenkassen aus. Entgeltmeldungen für unständig Beschäftigte werden der DSRV mit PGR 118 unmittelbar weitergeleitet; zusammengefasste Meldungen mit PGR 205 werden nicht mehr erzeugt. Dadurch werden alle unfallversicherungspflichtigen Entgelte der unständig Beschäftigten im künftigen Lohnnachweis berücksichtigt.

Wird bei der Speicherung der Meldungen im Versicherungskonto des Rentenversicherungsträgers erkennbar, dass im Einzelfall die Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung aufgrund mehrerer Versicherungsverhältnisse überschritten wird, nimmt der Rentenversicherungsträger Kontakt mit der Einzugsstelle auf.

Die geänderte Verfahrensweise gilt für Meldezeiträume ab dem 01.01.2011.

Im Rahmen der Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 01./02.09.2010 wird das gemeinsame Rundschreiben „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ angepasst.